



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Herrn Lars Harms
Vorsitzender des Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43
Telefax 04331 1420-50
E-Mail fruehlich@uvnord.de

per E-Mail: finanzausschuss@landtag.ltsh.de.

Rendsburg, 28.03.2025
Fr./Te.

Gesamtstellungnahme UVNord

Schriftliche Anhörung des Finanzausschusses zu den Anträgen

Private Altersvorsorge stärken!

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/2859

sowie

Sichere und stabile Renten

Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/2899 (neu)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 24. Februar d.J. danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Nach Sichtung der o.g. erlauben wir uns, die nachfolgenden Punkte hervorzuheben:

Die private Altersvorsorge ist eine wichtige Säule zur Absicherung im Alter. Daher sind Maßnahmen zu begrüßen, die den Vermögensaufbau erleichtern und Anreize zur privaten Vorsorge setzen. Eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast auf Kapitalerträge ist kritisch zu sehen, da sie langfristige Sparanreize schwächen würde. Die von der FDP vorgeschlagene

Wiedereinführung einer Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne könnte dazu beitragen, langfristiges Investieren zu fördern.

Mit Blick auf die Vermeidung zusätzlicher Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte weisen wir darauf hin, dass eine Ausweitung der Sozialversicherungsbeiträge auf Kapitalerträge zu einer Gesamtbelastung von über 50 Prozent führen könnte. Dies würde die Attraktivität privater Vorsorge erheblich beeinträchtigen. Es sollte darauf geachtet werden, dass sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte Planungssicherheit haben und nicht durch zusätzliche Abgaben belastet werden.

Die betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente zu stärken, ist nach unserem Dafürhalten gerade für Geringverdiener sinnvoll. Hierfür könnte eine stärkere steuerliche Förderung der Betriebsrenten ein Baustein sein.

Mit Blick auf die Mindestlohn-Debatte und tarifliche Aspekte ist festzuhalten, dass eine politisch motivierte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns kritisch zu sehen ist, da sie in die Tarifautonomie eingreift.

Insgesamt ergibt sich, dass die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Altersvorsorge durch gezielte Anreize verbessert werden sollten, anstatt durch zusätzliche steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Belastungen an Attraktivität zu verlieren.

Für einen weiteren konstruktiven Dialog stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Thomas Fröhlich